Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9456**

18. Wahlperiode 19.08.2016

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/9342 –

Hintergründe des parlamentarischen Amtsenthebungsverfahrens in Brasilien

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 12. Mai 2016 beschloss der Senat der Republik Brasilien, gegen die demokratisch gewählte Präsidentin Dilma Rousseff von der linken Arbeiterpartei (PT) ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten und Dilma Rousseff zunächst für maximal 180 Tage von ihrem Amt zu suspendieren. Ihr Vizepräsident Michel Temer von der konservativ-wirtschaftsliberalen Partei Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB) übernahm die Regierungsgeschäfte. Dilma Rousseff war am 26. Oktober 2014 in einer Stichwahl mit 51,9 Prozent und 3,5 Millionen Stimmen Vorsprung auf den sozialdemokratischen Kandidaten Aécio Neves von der Bevölkerung in ihrem Amt bestätigt worden.

Dieses starke demokratische Votum wird durch das Amtsenthebungsverfahren unterlaufen. Der Entscheidung des Senats gingen eine aggressive Kampagne großer Medienkonzerne wie der Globo-Gruppe sowie politische Intrigen voraus, die zur Spaltung der Regierungskoalition geführt hatten (www.sueddeutsche.de/medien/brasilien-kampagne-gegen-rousseff-1.2949917?reduced=true). Große Demonstrationen, an denen v. a. Angehörige der weißen Mittelschichten teilnahmen, hatten zusätzlich Druck auf die Regierung ausgeübt.

Der Prozess zu ihrem Sturz gründet sich auf konstruierte Vorwürfe zu geschönten Haushaltszahlen. Dazu erklärt die bisherige Regierungspartei PT „Brasilien befindet sich seit dem 12. Mai in einer neuen politischen Lage. Die alte politische Oligarchie, die Monopolmedien und das Hochfinanzkapital haben die Macht im Staate zurückerlangt“ (Beschluss der PT Brasiliens vom 17. Mai 2016). Die bisherige Staatspräsidentin Dilma Rousseff sagte in einem Interview der deutschen Wochenzeitschrift DIE ZEIT: „Es war ein Staatsstreich“ und die „Opposition manövriere sich an die Macht und plane eine Politik, für die das Volk bei den jüngsten Wahlen nicht gestimmt hatte“ (DIE ZEIT, 11. Mai 2016). Zahlreiche Regierungen in Lateinamerika verurteilten den Sturz von Dilma Rousseff und erklärten, dass es Ziel der konservativen Eliten mit „Unterstützung der Medienunternehmen“ (DIE ZEIT vom 25. März 2016) sei, eine Wiederwahl des ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, ebenfalls von der PT, zu verhindern. Da ihm die größten Chancen eingeräumt werden, als Präsidentschaftskandidat der PT die Wahlen erneut zu gewinnen, solle er kriminalisiert und zumindest den Forderungen eines Teils der Medien

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 17. August 2016 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

und rechter Parteien nach inhaftiert werden. Und dies ungeachtet der Tatsache, dass gegen mehr als die Hälfte der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats Ermittlungen wegen Käuflichkeit laufen (www.heise.de/tp/artikel/47/47998/2.html).

Mitschnitte vertraulicher Gespräche zwischen dem damaligen Planungsminister Romero Jucá und einem hohen Funktionär des Erdölkonzerns Petrobras deuteten darauf hin, dass hinter dem Amtsenthebungsverfahren tatsächlich andere Motivationen standen als vermeintliche Haushaltsfehler der Präsidentin. Demnach ging es vor allem darum, laufen Korruptionsermittlungen gegen Mitglieder der PMDB zu unterbinden, indem die Präsidentin aus ihrem Amt entfernt wird (https://amerika21.de/2016/05/153079/brasilien-putsch-dilma-skandal).

Hinter dem Sturz der gewählten Präsidentin steht eine politische Auseinandersetzung und stehen wirtschaftliche Interessen. Politische Unterstützung für den Umsturz kommt v. a. aus den Teilen der Gesellschaft, insbesondere der Eliten, die die Umverteilungspolitik und aktive Armutsbekämpfung der Regierungen da Silva und Rousseff zugunsten einer stärker angebots- und exportorientierten liberalen Wirtschaftspolitik beenden wollen, dabei in der Bevölkerung aber keine Mehrheit gefunden haben. Zu den Unterstützern von Dilma Rousseff und Luic Inácio Lula da Silva gehören nach wie vor v. a. diejenigen Bevölkerungsgruppen, die von der Umverteilungspolitik profitiert haben: Menschen mit niedrigen oder ohne Einkommen.

In Brasilien bleibt die innenpolitische Lage daher äußerst angespannt. Das Land ist polarisiert und hunderttausende Menschen gehen auf die Straße (https://amerika21.de/2016/05/152737/demonstrationen-gegen-putsch). Ein breites Bündnis von Basisorganisationen und Gewerkschaften ist auf der Straße und protestiert gegen die seiner Meinung nach unrechtmäßige Regierung Temer.

Ungeachtet der massiven Kritik in Brasilien selbst und aus den lateinamerikanischen Nachbarstaaten hat die Bundesregierung erklärt, mit der neuen brasilianischen Regierung ohne Einschränkungen zusammenarbeiten zu wollen. Die Amtsenthebung wird als ein mit der brasilianischen Verfassung in Übereinstimmung stehendes Verfahren angesehen. Diese Auffassung unterstrich Regierungssprecher Steffen Seibert bei der Bundespressekonferenz am 18. Mai 2016 mit den Worten: „Es ist sogar ein wichtiger strategischer Partner Deutschlands. Es ist das Land Lateinamerikas. Wir haben sehr enge und sehr vertrauensvolle Beziehungen mit Brasilien, wirtschaftlich sowieso sehr eng, aber auch politisch.“

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesrepublik Deutschland und die Föderative Republik Brasilien unterhalten seit 2009 eine strategische Partnerschaft. Diese zielt besonders auch darauf ab, langfristig gemeinsame Ziele auf multilateraler Ebene, zum Beispiel zum Schutz der Umwelt und des Klimas, zu erreichen. Die ersten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen, die im August 2015 in Brasília abgehalten wurden, haben nicht zuletzt auf diesem Themenfeld den Nutzen einer solchen Partnerschaft unterstrichen und diese auf ein neues Niveau gehoben. Schon damals betonte die Bundesregierung, dass das Wesen dieser Partnerschaft darin bestehe, dass der Austausch und die gemeinsame Arbeit unabhängig von den schon damals in Brasilien zu beobachtenden innenpolitischen Schwierigkeiten erfolgten. Dies galt im vergangenen Jahr gegenüber der Regierung unter Staatspräsidentin Dilma Rousseff und dies gilt heute und in Zukunft gegenüber jeder anderen verfassungsmäßigen Regierung Brasiliens.

Die Bundesregierung verfolgt die innenpolitische Entwicklung Brasiliens mit großer Aufmerksamkeit. Das Land wird seit Jahren von Korruptionsskandalen erschüttert, wobei zuletzt die Vorgänge um den Ölkonzern Petrobras („Lava-Jato“) im Zentrum standen. In diesem Kontext hat die brasilianische Justiz die Verfolgung von – zum Teil auch hochrangigen – Politikern unterschiedlicher politischer Strömungen (z. B. der Partido dos Trabalhadores, PT, der Partei Partido do Movimento Democrático Brasileiro, PMDB, des Übergangspräsidenten Temer und der Partei Partido Social Democracia Brasiliera, PSDB, des vormaligen Präsidentschaftskandidaten Aécio Neves) aufgenommen. Einige wurden bereits verurteilt, andere haben Ämter und Mandate verloren. Seit einigen Jahren verfolgt die Justiz weitgehend ungehindert Politiker aller Parteien, die nun damit rechnen müssen, dass Korruption und andere Straftaten juristische und politische Konsequenzen haben. Aber auch Vertreter der Privatwirtschaft, darunter der größten Baukonzerne des Landes, die Bestechungsgelder gezahlt haben, wurden und werden verurteilt. Ein Erfolg dieser noch andauernden Bemühungen kann die politische Kultur Brasiliens nachhaltig verändern.

Unter dem Vorwurf, den Haushalt unrechtmäßig geschönt zu haben, wurde am 12. Mai 2016 ein Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsidentin Dilma Rousseff eingeleitet. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe werden seitdem innerhalb des von der brasilianischen Verfassung vorgegebenen Rahmens geprüft. Die Bundesregierung erwartet, dass das Verfahren innerhalb dieses Rahmens in den nächsten Wochen zum Abschluss gebracht wird. Sie wird mit jeder brasilianischen Regierung, die aus einem verfassungsgemäßen Verfahren hervorgeht, auch weiterhin die Zusammenarbeit fortsetzen.

1. Welchen Standpunkt hat die Bundesregierung zu der Amtsenthebung der brasilianischen Präsidentin Dilma Roussef eingenommen?

Die Bundesregierung ist wie die Regierungen unserer Partner in der Europäischen Union der Auffassung, dass das Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsidentin Rousseff bislang entsprechend den Vorgaben der brasilianischen Verfassung durchgeführt wird. Sie geht davon aus, dass das Verfahren auch entsprechend diesen Bestimmungen zu Ende geführt wird.

2. Die Bundesregierung spricht von einer Normalität der Beziehungen zu Brasilien trotz der Dramatik der Ereignisse. Womit begründet sie diese Haltung?

Brasilien ist ein wichtiger strategischer Partner Deutschlands. Es liegt in unserem Interesse, den langfristig angelegten Austausch mit unserem Partner ungeachtet der zu beobachtenden innenpolitischen Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, dass unter der Führung des umstrittenen Interimspräsidenten Michel Temer die Untersuchungen wegen Korruptionsvorwürfen gegen führende Politiker der jetzigen Regierung fortgeführt werden?

Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte setzen die laufenden Korruptionsermittlungen und Strafverfahren mit großem Engagement und breiter öffentlicher Unterstützung fort. Inzwischen sind neben Wirtschaftsvertretern und Wahlkampfmanagern Politiker aus dem größten Teil des politischen Spektrums betroffen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die brasilianische Justiz diese Linie unabhängig von Regierungswechseln fortführen wird. Die Zuständigkeit des Obersten Bundesgerichts für Parlamentarier und Mitglieder der brasilianischen Bundesregierung (sog. privilegierter Gerichtsstand) erschwert allerdings die

Strafverfolgung. Inwieweit der Kongress der in vielen Fällen erforderlichen Aufhebung der parlamentarischen Immunität oder dem Entzug des Mandats jeweils zustimmen wird, ist ungewiss. Der Senat hat bereits einem seiner Mitglieder (Delcídio do Amaral, PT) das Mandat aberkannt. Die Fortführung des Mandatsentzugsverfahrens gegen den mehrerer Straftaten verdächtigten früheren Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Eduardo Cunha (PMDB), wird weitere Hinweise darauf bieten, welche Haltung die Legislative bei der Bekämpfung von Korruption einnimmt.

4. Wie viele Minister des neuen Kabinetts Temer stehen nach Kenntnis der Bundesregierung unter Korruptionsverdacht (bitte mit Namen, Partei und Vorwürfen aufführen)?

Der Bundesregierung liegen keine konkreten Erkenntnisse über gerichtliche Verfahren gegen Mitglieder der brasilianischen Regierung vor. Zu bisher unbestätigten Medienberichten über Verdachtsfälle äußert sich die Bundesregierung nicht.

5. Gegen wie viele Abgeordnete des brasilianischen Senats laufen nach Kenntnis der Bundesregierung Ermittlungsverfahren wegen Korruption, Veruntreuung, Bestechung oder vergleichbaren Delikten (bitte mit Namen, Partei und Vorwürfen aufführen)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation „Transparência Brasil" laufen Verfahren gegen 46 der 81 Senatoren, wobei die zusammenfassende Statistik nicht nach Tatvorwürfen unterteilt ist. Einzelheiten finden sich unter der Webseite www.excelencias.org.br/@casa.php?tribs.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorwürfe, dass Michel Temer Agent der CIA gewesen sei (www.youtube.com/watch?v=cIG9fPmDa28)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor, die über die in der als Quelle angegebenen Bundespressekonferenz gemachten Aussagen hinausgehen.

7. Ist dieses Amtsenthebungsverfahren nach Auffassung der Bundesregierung verfassungskonform?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

8. Wenn ja, womit begründet die Bundesregierung die Verfassungskonformität dieses Vorganges?

Das Amtsenthebungsverfahren wurde in seinem Verlauf mehrfach durch das Oberste Gericht Brasiliens als verfassungskonform beurteilt. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, die Zweifel an dieser Bewertung rechtfertigen würden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

9. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die veröffentlichten Telefonmitschnitte, die auf andere Motive zur Anstrengung des Amtsenthebungsverfahrens deuten, als vermeintliche Fehler der Präsidentin?

In einem Anfang 2016 von einem Kronzeugen aufgezeichneten und vom brasilianischen Fernsehen wiedergegebenen Gespräch hat Senator Romero Jucá (PMDB) einen Regierungswechsel als notwendig bezeichnet, „um den (zu ergänzen: durch die Korruptionsermittlungen verursachten) Aderlass zu beenden". Derselbe Kronzeuge zeichnete im selben Zeitraum auch ein Gespräch mit Senatspräsident Renan Calheiros (ebenfalls PMDB) und dem damaligen Mitglied des Nationalen Justizrates, Fabiano Silveira (parteilos), auf, in dem die Gesprächsteilnehmer sich über den Fortgang der Korruptionsermittlungen beklagten und Silveira Calheiros Ratschläge für seine Verteidigung im Zusammenhang mit den gegen ihn laufenden Korruptionsermittlungen erteilte. Jucá und Silveira mussten nach Veröffentlichung der Mitschnitte weniger als drei Wochen nach ihrer Ernennung durch Übergangspräsident Temer von ihren Ämtern als Planungs- bzw. Transparenzminister zurücktreten.

10. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Inhalten der veröffentlichten Telefonmitschnitte für die Bewertung der Verfassungskonformität des Amtsenthebungsverfahrens?

Die Bundesregierung kann nicht ausschließen, dass einzelne Akteure das Impeachment als Möglichkeit ansehen, die Verfolgung von Korruptionsstraftaten zu erschweren. Ihre in der Antwort zu Frage 1 wiedergegebene Einschätzung bleibt hiervon unberührt.

11. Haben die Bundesregierung bzw. die deutsche Botschaft in Brasilien mit der bisherigen Regierungspartei PT, die das Amtsenthebungsverfahren als Staatsstreich bewertet, über die Vorgänge gesprochen?

12. Wenn ja, welche Erkenntnisse und Einschätzungen hat die Bundesregierung aus diesem Gespräch gewonnen?

Die Fragen 11 und 12 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung bzw. die deutsche Botschaft in Brasília steht im Rahmen ihres regelmäßigen politischen Austauschs in Kontakt mit Vertretern der wichtigsten politischen Strömungen Brasiliens. Naturgemäß äußern sich ihre Gesprächspartner zu den innenpolitischen Themen in unterschiedlicher Weise. Die Bundesregierung hat die Haltung der jeweiligen Gesprächspartner zur Kenntnis genommen und die Sichtweise vertreten, dass Brasilien – unabhängig von seiner jeweiligen verfassungsmäßigen Regierung – ein wichtiger strategischer Partner Deutschlands bleiben wird.

13. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Versuche der neuen brasilianischen Regierung vor, den früheren Präsidenten Luic Inácio Lula da Silva und andere führende Kräfte der Arbeitspartei PT zu kriminalisieren?

Korruptionsvorwürfe sind in den letzten Monaten in noch einmal verstärktem Maße Gegenstand der politischen Auseinandersetzung in Brasilien gewesen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten, dass die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff nach dem Ende der vorläufigen Suspendierung am 18. September dieses Jahres wieder die Amtsgeschäfte als Präsidentin übernimmt?

Der brasilianische Senat, zweite Kammer des Parlaments, fungiert im Rahmen des Amtsenthebungsverfahrens als Gericht und hat am 9. August 2016 entschieden, die Hauptphase des Verfahrens gegen Staatspräsidentin Rousseff einzuleiten. Dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs kommt in diesem Rahmen der Vorsitz des Senats zu. Die endgültige Abstimmung über die Amtsenthebung wird nach Kenntnis der Bundesregierung Ende August oder Anfang September stattfinden. Für eine Bestätigung der Amtsenthebung wird eine Mehrheit von zwei Dritteln der Senatoren, also 54 Stimmen, notwendig sein. Über den Ausgang dieser Abstimmung trifft die Bundesregierung keine Voraussagen.

15. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse in Brasilien auf den geplanten EU-Brasilien-Gipfel?

Der EU-Brasilien-Gipfel ist bislang noch nicht terminiert. Die EU geht davon aus, nach Abschluss des laufenden Amtsenthebungsverfahrens mit dem dann amtierenden verfassungsmäßigen Staatsoberhaupt Brasiliens einen Termin vereinbaren zu können.

16. Welche Rolle spielen die Bewertungen anderer lateinamerikanischer Regierungen bei der Einschätzung des Regierungswechsels in Brasilien durch die Bundesregierung?

17. Mit welchen Regierungen hat sich die Bundesregierung darüber ausgetauscht und in welchem Rahmen?

Die Fragen 16 und 17 werden zusammen beantwortet.

Ein allgemeiner Austausch zur Entwicklung in Lateinamerika, u. a. auch in Brasilien, war Gegenstand der Gespräche der Bundesregierung mit den Regierungen der Nachbarländer Brasiliens, u. a. Kolumbiens, Perus und Argentiniens, in den vergangenen Monaten. Dabei hat die Bundesregierung die Haltung der jeweiligen Gesprächspartner zur Kenntnis genommen und die Sichtweise vertreten, dass Brasilien – unabhängig von seiner jeweiligen verfassungsmäßigen Regierung – ein wichtiger strategischer Partner Deutschlands bleiben wird.

18. Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der brasilianischen Regierung über die Fortführung der bisherigen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu sprechen und ihr eine Politik der sozialen Inklusion zu empfehlen?

Die Bundesregierung wird den Dialog mit der brasilianischen Regierung weiter führen und eine breite Palette von Themen ansprechen, zu der auch Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums gehören können.

19. Welche Informationen der Bundesregierung über den Korruptionsvorwurf der Staatsanwaltschaft von Sao Paulo gegen den früheren Präsidenten Luic Ignácio Lula da Silva vor?

20. Welche Ergebnisse haben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nach Kenntnis der Bundesregierung bisher erbracht?

Die Fragen 19 und 20 werden zusammen beantwortet.

Die brasilianische Bundesanwaltschaft hat nach eigenen Angaben Beweise dafür, dass Lula von Anfang an am Petrobras-Korruptionsskandal beteiligt war. Allerdings ist in dieser Sache noch keine Anklage erhoben worden. In einem weiteren Verfahren gegen Lula und andere hat das erstinstanzliche Gericht im die Hauptstadt Brasília und Umgebung umfassenden Bundesdistrikt im Juli 2016 die Anklage zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet.

21. Die Oppositionspartei PT spricht von einer politisch motivierten Kampagne, um die bekannteste Persönlichkeit der PT auszuschalten (NZZ vom 6. März 2016). Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der medialen Kampagne gegen die Präsidentin Dilma Roussef, den früheren Präsidenten Luic Inácio Lula da Silva und der PT insgesamt und dem Handeln der Staatsanwaltschaft, die bisher keine Beweise hat erbringen können, die eine Anklage Luic Inácio Lulas da Silva zuließen?

Korruptionsvorwürfe sind in den letzten Monaten in noch einmal verstärktem Maße Gegenstand der politischen Auseinandersetzung in Brasilien gewesen. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte setzen die laufenden Korruptionsermittlungen und Strafverfahren mit großem Engagement und breiter öffentlicher Unterstützung fort. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 19 und 20 verwiesen.

22. Schließt die Bundesregierung die Möglichkeit einer politisch motivierten Kampagne der Kriminalisierung der Führungspersönlichkeiten der PT, durch Staatsanwaltschaft, Medien und Eliten des Landes aus?

23. Wenn ja, bitte Gründe angeben.

Die Fragen 22 und 23 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung kann nicht ausschließen, dass es in Brasilien Akteure mit den genannten Motiven gibt. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 3, 13, 19 und 20 verwiesen.

24. Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der brasilianischen Regierung über die Absichten eines Teils der Medien, der rechtsgerichteten Parteien und der aktuellen Regierung zur Kriminalisierung der PT und Luic Inácio Lulas da Silva durch die neue rechte Regierung in Brasilien zu reden?

25. Wenn ja, wird sie die Kriminalisierungsabsichten durch Medien, Justiz und die Eliten des Landes, die damit Brasilien zu destabilisieren drohen, mit aller Deutlichkeit kritisieren?

Die Fragen 24 und 25 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung steht in regelmäßigem Austausch mit der brasilianischen Regierung. In diesem Rahmen wird auch die innenpolitische Entwicklung in Brasilien thematisiert. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 3, 11, 12, 13, 19 und 20 verwiesen.



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333